

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaften
Dresden-Altstadt u. Dresden-Neustadt
das Königl. Amtsgericht Dresden,

für die Königl. Superintendentur Dresden II, das Königl. Forstrentamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld

Publikationsorgan und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Pöhlitzgemeinden, Dresden-Striesen, Neugruna und Tolkenitz

Fernsprecher: Amt Dresden Nr. 20 600

Druck und Verlag: Elbgaus-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer

Telegr.-Adresse: Elbgaupresse, Blasewitz

Erscheint	
jeden Wochentag nachmittags 5 Uhr	
für den folgenden Tag.	
Bezugspreis:	
durch die Post	vierteljährlich 2.40, monatlich —.80
besgl. frei ins Haus	2.80, —.94
durch Boten frei ins Haus	2.70, —.90
bei Abholung i. d. Expedition	2.30, —.80

Anzeigen-Preis
die 6gepalte Grundzeile oder deren Raum 30 Mg.
im Textteile die 3gepalte Zeile 75 Mg.
für An- und Verkäufe u. s. w. 25 Mg.
Tabellen- und schwieriger Satz 50 % Aufschlag.
Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer
bis mittags 12 Uhr.

Nr 22

Blasewitz, Sonnabend den 26. Januar 1918

| 80. Jahrg.

Des deutschen Kanzlers Antwort an die Entente-Staatsmänner.

In der gestrigen Sitzung des Vorkommenskomitees führte Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling aus: Meine Herren! Als ich zum letzten Male die Ehre hatte, vor Ihrem Auschuß zu sprechen — es war am 3. Januar — handelte ich, so schien es, vor einem in Vorkommenskomitee eingetretenen Zwischenfall. Ich habe damals die Meinung ausgesprochen, daß die Erledigung dieses Zwischenfalls in aller Ruhe erwarten sollten. Die Tatsachen haben dem auch rechtgegeben. Die russische Delegation ist wieder in Vorkommenskomitee eingetroffen. Die Verhandlungen sind wieder aufgenommen und fortgesetzt worden. Sie gehen langsam weiter und sie sind außerordentlich schwierig. Auf die näheren Umstände, die diese Schwierigkeiten bedingen, habe ich schon das vorige Mal hingewiesen. Manchmal konnte in der Tat der Zweifel entstehen, ob es der russischen Delegation ernst sei mit den Friedensverhandlungen, und allerdings Junktursprüche, die durch die Welt mit höchst feilhaftem Inhalt gehen, könnten diesen Zweifel bestärken. Trotzdem halte ich an der Hoffnung fest, daß wir auch mit der russischen Delegation in Vorkommenskomitee demnächst zu einem guten Abschluß gelangen werden. Günstiger stehen unsere Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine.

Auch hier sind noch Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Aussichten sind günstig. Wir hoffen, demnächst mit der Ukraine zu Abschließen zu können, die im beiderseitigen Interesse gelegen und nach der wirtschaftlichen Seite vorteilhaft sein würden. Ein Ergebnis, meine Herren, war bereits am 4. Januar abends 10 Uhr zu verzeichnen. Die Ihnen allen bekannt ist, hatten die russischen Delegierten zu Ende des Dezember den Vorschlag gemacht, eine Einladung an sämtliche Kriegsteilnehmer zu lassen. Sie sollten sich an den Verhandlungen beteiligen, und als Grundlage hatten die russischen Delegierten gewisse Vorschläge sehr allgemein gehalten. Wir haben uns damals auf den Vorschlag, die Kriegsteilnehmer zu den Verhandlungen einzuladen, eingelassen, unter der Bedingung jedoch, daß diese Einladung an eine genaue bestimmte Frist gebunden sei. Am 4. Januar abends um 10 Uhr war diese Frist verstrichen. Eine Antwort war nicht erfolgt. Das Ergebnis ist, daß wir dem Vorkommenskomitee gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind, daß wir die

Wahn frei haben für Sonderverhandlungen mit Rußland und daß wir auch selbstverständlich an jene, von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge des Vorkommenskomitees gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind.

Anstatt der damals erwarteten Antwort, die angeblich sein sollte, sind inzwischen, wie die Herren alle wissen, zwei Rundgebungen feindlicher Staatsmänner erfolgt.

Die Rede des englischen Ministers Lloyd George vom 5. Januar und die Position des Präsidenten Wilson am Tage danach. Ich erkenne gern an, daß Lloyd George seinen Ton geändert hat; er schlämpt nicht mehr und scheint dadurch seine frühere, von mir angezeigte Verhandlungsfähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. (Weiterkeit.) Immerhin kann ich aber nicht so weit gehen, wie manche Stimmen aus dem neutralen Ausland, die aus dieser Rede Lloyd Georges einen ernstlichen Friedenswillen, ja sogar eine freundliche Gefinnung herauslesen wollen. Es ist wahr, er erklärte, er wolle Deutschland nicht vernichten, habe es nie vernichten wollen, er gewinnt sogar Worte der Achtung für unsere politische, wirtschaftliche und kulturelle Stellung, aber dazwischen steht es doch auch nicht an anderen Neuerungen. Dazwischen drängt sich doch immer wieder die Auffassung vor, daß er über das Schicksal, aller möglichen Verbrechen schuldig die Deutschland Recht zu sprechen habe.

eine Gefinnung, meine Herren, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir von unserem Friedenswillen noch nichts verspüren können. Wir sollen die Schuldigen sein, über die die Entente nun zu Gericht sitzt. Das nötigt mich, auf die dem Kriege vorausgehenden Verhältnisse und Vorgänge einen kurzen Rückblick zu werfen auf die Gefahr hin, längh Bekanntes noch einmal zu wiederholen.

Die Aufrichtung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 hat der alten Zerrissenheit ein Ende gemacht. Durch den Zusammenschluß seiner Stämme hat das Deutsche Reich in Europa diejenige Stellung erworben, die seinen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen und den darauf gegründeten Ansprüchen entspricht. (Bravo!) Für Bismarck trübte sein Werk durch das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn. Es war ein reines Defensivbündnis, von den hohen Verbündeten vom ersten Tage an so gedacht und so gewollt. Im Laufe der Jahrzehnte ist niemals auch nur der leiseste Gedanke an einen Mißbrauch zu aggressiven Zwecken aufgetaucht. Insbesondere zur Erhaltung des Friedens sollte das Defensivbündnis zwischen Deutschland und der engverbündeten, in alter Tradition durch gemeinsame Interessen mit uns verbündeten Donau-Monarchie dienen.

Aber schon Fürst Bismarck hatte, wie ihm oftmals vorzuerworfen wurde, den Abbruch der Koalition, und die Ereignisse der folgenden Zeit haben gezeigt, daß dieser kein bloßes

sprechbares Traumbild war. Mehrfach trat die Gefahr feindlicher Koalitionen, die den verbündeten Mittelmächten drohte, in die Erscheinung. Durch die Einkreisungspolitik Königs Eduards ward der Traum der Koalitionen Wirklichkeit. Dem englischen Imperialismus stand das aufstrebende und erhaltende Deutsche Reich im Wege. In französischer Resonanzsucht, im russischen Expansionsstreben fand dieser britische Imperialismus nur allzubereite Nisse und so bereiteten sich für uns gefährliche Zukunftspläne vor.

Schon immer hatte die geographische Lage Deutschlands die Gefahr eines Krieges auf zwei Fronten uns nahegerückt. Jetzt wurde sie immer sichtbar. Zwischen Rußland und Frankreich wurde ein Bündnis abgeschlossen, dessen Teilnehmer das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn an Einwohnerzahl um das Doppelte übertrafen. Frankreich, das republikanische Frankreich, ließ dem zaristischen Rußland Milliarden zum Ausbau der strategischen Bahnen im Königreich Polen, die den Aufmarsch genau und erleichtern sollten. Die französische Republik zog den letzten Mann zur dreijährigen Dienstadt heran. So schau sich Frankreich neben Rußland eine bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gehende Rüstung. Beide verfolgten dabei Zwecke, die unsere Gegner jetzt als imperialistisch bezeichnen. Es wäre pfllichtgerecht gewesen, wenn Deutschland diesem Ziele rubig zugehört hätte, wenn nicht auch wir uns eine Rüstung zu schaffen versucht hätten, die uns gegen die künftigen Nötte zu schützen hätte.

Meine Herren! Ich darf vielleicht daran erinnern, daß ich selbst als Mitglied des Reichstages sehr häufig über diese Dinge gesprochen habe, und daß ich bei neuen Rüstungsaussagen stets darauf hingewiesen habe, daß das deutsche Volk, wenn es diesen Rüstungen zustimme, lediglich eine Politik des Friedens treiben wolle, daß diese Rüstung uns nur aufgedrängt sei zur Abwehr gegen die uns vom Feinde drohende Gefahr. Es scheint nicht, daß diese Worte irgendwo vom Auslande beachtet worden wären.

Und nun

Elisav-Vorbringen.
von dem auch jetzt wieder Lloyd George redet als von dem Unrecht, das Deutschland im Jahre 1871 Frankreich angetan hat! Elisav-Vorbringen umfaßt bekanntlich zum größten Teile rein deutsche Gebiete, die durch jahrhundertelange fortgesetzte Vergewaltigungen u. Rechtsbrüche vom Deutschen Reiche losgelöst wurden. Als wir nun im 1870er Kriege die uns freventlich entzogenen Landstriche zurückverlangten, war das nicht Eroberung fremder Gebiete, sondern recht eigentlich, was man heute Desannexion nennt, und diese Desannexion ist dann auch von der französischen Nationalversammlung mit großer Stimmenmehrheit ausdrücklich anerkannt worden. Und auch in England sprach man damals ganz anders als heute. Der berühmte englische Historiker Thomas Carlyle schrieb im Dezember 1870: „Kein Volk hat einen so schlimmen Nachbar, wie ihr Deutschland während der letzten 40 Jahre an Frankreich besaß. Deutschland wäre verrückt, wenn es nicht daran dachte, einen Grenzwall zwischen sich und einem solchen Nachbar zu errichten, wo es Gelegenheit dazu hat. Ich rechne von keinem Naturgesetz, von keinem Himmelssparrenentscheid, kraft dessen Frankreich allein von allen irdischen Wesen nicht verpflichtet wäre, einen Teil der geraubten Gebiete zurückzugeben, wenn die Eigentümer, denen sie entzogen, eine günstige Gelegenheit haben, sie wieder zu erobern.“ Und im gleichen Sinne sprachen angeblich englische Vorkommenskomitee.

Wilson.
Ich komme nunmehr zu Wilson.
Auch hier erkenne ich an, daß der Ton ein anderer geworden ist. Es ist nicht mehr die Rede von Unterdrückung des deutschen Volkes durch eine autoritäre Regierung, und die früheren Angriffe auf das Haus Hohenzollern sind nicht wiederholt worden. Auf solche Darstellungen der deutschen Politik in Wilsons Postkarte will ich nicht eingehen, sondern im einzelnen die 14 Punkte besprechen, in denen er sein Friedensprogramm formuliert.

1. Es sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen mehr stattfinden. Die Geschichte lehrt, daß wir uns am ehesten mit einer weitgehenden Publizität der diplomatischen Abmachungen einverstanden erklären können.

2. Der Punkt fordert Wilson Freiheit der Meere. Die vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere in Krieg und Frieden wird auch von Deutschland als eine der ersten und wichtigsten Zukunftsforderungen aufgestellt. Hier besteht also keine Meinungsverschiedenheit. Im hohen Grade aber wichtig wäre es für die Freiheit der Schifffahrt in Zukunft, wenn auf die hart beschriebenen Notenschnittpunkte an wichtigen internationalen Verkehrsstrahlen, wie sie England in Gibraltar, Malta, Aden und manchen anderen Stellen unterhält, verzichtet werden könnte.

3. Mit der Beseitigung wirtschaftlicher Schranken, die den Handel in überflüssiger Weise einengen, sind wir durchaus einverstanden. Auch wir verurteilen einen Wirtschaftskrieg.

4. Der Gedanke einer Rüstungsbeschränkung ist uns durchaus diskutabel. Ueber die hier ersten Programmpunkte könnte man also ohne Schwierigkeiten zu einer Verständigung gelangen.

Ich komme zu Punkt 5: Schlichtung aller Kolonialansprüche und -streitigkeiten. Die praktische Durchführung des

von Wilson aufgestellten Grundsatzes wird einigen Schwierigkeiten begegnen. Jedenfalls kann es zunächst dem größten Kolonialreich England überlassen bleiben, wie es sich mit diesem Vorschlag seines Verbündeten abfinden will. Bei der unbedingt auch von uns geforderten Neugestaltung des Weltkolonialbesitzes wird von diesem Programmpunkte seinerzeit die Rede sein.

Punkt 6: Räumung des russischen Gebietes. Nachdem die Entente Staaten es abgelehnt haben, sich den Verhandlungen anzuschließen, muß ich im Namen der vier verbündeten Mächte eine nachträgliche Einmischung ablehnen. Diese Mächte gehen allein Rußland und die vier verbündeten Mächte an. Ich halte an der Hoffnung fest, daß es gelingen wird, zu einem guten Verhältnis sowohl mit den russischen Randvölkern als mit dem ehemaligen russischen Kaiserreich zu gelangen.

Punkt 7: **Die belgische Frage.**
In keiner Zeit während des Krieges hat die gewalttätige Angliederung Belgiens an Deutschland einen Programmpunkt der deutschen Politik gebildet. Die belgische Frage kann in ihren Einzelheiten erst durch die Friedensverhandlungen geordnet werden.

Solange unsere Gegner sich nicht rückhaltlos auf den Boden stellen, daß die Integrität des Gebietes der Verbündeten die einzig mögliche Grundlage von Friedensverhandlungen bieten kann, muß ich eine Beschränkung der belgischen Angelegenheiten aus der Weltwidrigkeit ablehnen.

Punkt 8: Befreiung des französischen Territoriums. Die okkupierten Teile Frankreichs sind ein wertvolles Hauptkapital in unserer Hand. Auch hier bildet die gewalttätige Angliederung keinen Teil der amtlichen deutschen Politik. Die Bedingungen und Modalitäten der Räumung, die den vitalen Interessen Deutschlands Rechnung tragen müssen, sind zwischen Deutschland und Frankreich zu vereinbaren.

Von einer Abtretung von Reichsgebieten kann nie und nimmer die Rede sein.

Das Reichsland, das sich immer mehr dem Deutschstum angegliedert hat, sich in höherer Weise wirtschaftlich immer mehr fortentwickelt, von dem mehr als 87 v. H. die deutsche Muttersprache sprechen, werden wir uns von den Feinden unter irgendwelchen schönen Redensarten nicht wieder abnehmen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Punkt 9, 10 und 11: Italienische Grenze, Nationalitätenfragen, Donaumonarchie, Balkanstaaten. Hier werden größtenteils die Interessen unseres verbündeten Oesterreich-Ungarn überwiegen. Wo deutsche Interessen im Spiele sind, werden wir sie auf das nachdrücklichste wahren. Die treue Waffenbrüderschaft, die sich im Kriege so glänzend bewährt hat, muß auch im Frieden nachwirken, und so werden wir auch unsererseits alles daran setzen, daß für Oesterreich-Ungarn ein Friede zustande kommt, der den berechtigten Ansprüchen Rechnung trägt.

Punkt 12: Türkei. Auch hier möchte ich unserem treuen, tapferen und mächtigen Bundesgenossen in keiner Weise vorzuziehen. Die Integrität der Türkei und die Sicherung ihrer Hauptstadt sind wichtige Lebensinteressen auch des Deutschen Reiches. Unser Verbündeter kann hierin stets auf unsere nachdrücklichsten Beistand rechnen.

Punkt 13: **Polen.**
Nicht die Entente, die für Polen nur inhaltslose Worte fand und vor dem Kriege nie bei Rußland für Polen eingetreten ist, sondern das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn waren es, die Polen von dem seine nationale Eigenart unterdrückenden zaristischen Regiment befreiten. So möge man es auch Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Polen überlassen, sich über die zukünftige Gestaltung des Landes zu einigen. Wir sind durchaus auf dem Wege hierzu.

14. Punkt: **Verband der Völker.** In diesem Punkte sehe ich jedem Gedanken sympathisch gegenüber, der für die Zukunft die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von Kriegen ausschließt und das friedliche und harmonische Zusammenarbeiten der Völker fördert. Wenn der vom Präsidenten Wilson angeregte Gedanke des Verbandes der Völker wirklich im Geiste vollkommener Gerechtigkeit gegen alle und vollkommene Fortschrittlichkeit gefaßt ist, so ist die kaiserliche Regierung gern bereit, wenn alle anderen schwebenden Fragen geregelt sein werden, einer Prüfung der Grundlagen eines solchen Völkerbundes nachzutreten.

Wir müssen uns nun fragen, ob aus diesen Reden und Vorschlägen Lloyd Georges und des Präsidenten Wilson uns wirklich ein ernstlicher Friedenswille entgegentritt. Sie enthalten gewisse Grundzüge für einen allgemeinen Weltfrieden, denen auch wir zustimmen und die den Ausgangspunkt für Verhandlungen bilden könnten. Wo aber konkrete Fragen zur Sprache kommen, Punkte, die für uns und unsere Verbündeten von entscheidender Bedeutung sind, da ist

ein Friedenswille weniger bemerkbar. Unsere Gegner wollen Deutschland nicht vernichten, aber sie schließen begehrtlich nach Teilen unserer und unserer Verbündeten Länder. Sie sprechen mit Achtung von Deutschlands Stellung, aber dazwischen dringt immer wieder die Ruf-